## Ergänzung zu dem Memorandum über die Lage der Musikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Das in Heft 3/1976 der Musikforschung veröffentlichte Memorandum behandelt die Lage des Fachs hauptsächlich aus der Sicht der Universitätsinstitute. Zur weiteren Orientierung verweist die Präambel u. a. auch auf die Denkschrift der Gesellschaft für Musikforschung zur Lage der außeruniversitären musikwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung, vor allem der nicht etatisierten Institute (zuerst vorgelegt im April 1974, revidiert im Februar 1975). Ursprünglich war es die Absicht des Vorstandes der Gesellschaft für Musikforschung gewesen, eine Stellungnahme zu beiden Komplexen zusammen zu veröffentlichen. Die akuten Existenzsorgen einiger außeruniversitärer Forschungseinrichtungen machten aber die sofortige Verbreitung der Denkschrift schon zu einem Zeitpunkt erforderlich, als die Beratungen über die Probleme des Universitätsfachs noch nicht abgeschlossen waren. Deshalb mußte die Veröffentlichung getrennt erfolgen. Da der Text der Denkschrift nicht allen Mitgliedern der Gesellschaft für Musikforschung zugänglich gemacht werden konnte, fehlen nun einer großen Zahl von Lesern des Memorandums die in der Denkschrift enthaltenen Informationen<sup>1</sup>.

Die Fachgruppe "Freie musikwissenschaftliche Forschungsinstitute" hat daher angeregt, in einer kurzen ergänzenden Erklärung noch einmal ausdrücklich auf die innere Verbindung zwischen *Memorandum* und *Denkschrift* hinzuweisen. Dieser Anregung, die auch vom Beirat und der Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Musikforschung am 23. bzw. 25. September 1976 begrüßt worden ist, wird mit der hier vorgelegten Ergänzung entsprochen<sup>2</sup>.

Die Forderung nach einem ausgewogenen Forschungskonzept geht nicht von einem relativistischen Standpunkt aus, sondern schließt die Setzung von vorrangigen Zielen ein. Diese Ziele können nicht beliebig verändert werden, sondern müssen sich aus der Forschung selbst ergeben. Die traditionelle Priorität der historischen Musikforschung besteht weiterhin; auch das Memorandum hebt hervor, daß die Forderung, Musikgeschichte durch Systematische Musikwissenschaft und Musikethnologie in erheblichem Maße zu ergänzen, keineswegs auf eine Reduktion der Historie ziele. Aber auch innerhalb der Musikhistorie sind die Akzente nicht beliebig änderbar. Es muß davor gewarnt werden, aus einzelnen Thesen des Memorandums

<sup>1</sup> Die *Denkschrift* wurde nur hektographiert; sie kann bei der Geschäftsstelle der Gesellschaft für Musikforschung, Heinrich-Schütz-Allee 35, 3500 Kassel-Wilhelmshöhe, in einzelnen Exemplaren bezogen werden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Für die "Fachgruppe Freie musikwissenschaftliche Forschungsinstitute" in der Gesellschaft für Musikforschung verfaßt von Georg Feder in Verbindung mit Martin Ruhnke.

simplifizierende Forderungen abzuleiten wie etwa: das philologische Zeitalter müsse überwunden und die Epoche der kärrnerhaften Dokumentation durch eine Ära der von solcher Beschwernis freien Interpretation abgelöst werden. Die philologische Methode ist die bleibende Grundlage aller auf notierte Musik bezogenen Forschungen, und zwischen Dokumentation und Interpretation besteht ein wissenschaftlich notwendiges Wechselverhältnis. Bei der Ausbildung des Musikwissenschaftlers an den Universitäten wird die musikalische Quellenkunde ein wichtiger Teilbereich bleiben.

Wie die Denkschrift des näheren dargelegt hat, wird ein großer Teil der musikhistorischen Dokumentation zur Zeit durch die erneuerten oder erstmals erstellten historisch-kritischen Gesamtausgaben der Werke Bachs, Glucks, Haydns, Mozarts, Beethovens, Schuberts, Wagners und anderer Meister, durch umfassende Denkmäler-Publikationen (z. B. Das Erbe deutscher Musik), Quellendokumentationen (Deutsches Musikgeschichtliches Archiv, Internationales Quellenlexikon der Musik), musikterminologische Vorhaben (Lexicon musicum latinum, Handwörterbuch der musikalischen Terminologie) usw. geleistet. Den großen Editionen verdankt die deutsche Musikwissenschaft heute einen guten Teil ihres internationalen Ansehens.

Die mit grundlegenden Forschungen verbundene Erstellung solcher Dokumentationen ist zwar meist aus dem Raum der Universität angeregt worden, wird aber herkömmlicherweise außeruniversitären Arbeitsstellen oder Instituten übertragen, die oft eigens dafür gegründet worden sind. Bemühungen, den langfristig wechselnden Editions- und Dokumentationsarbeiten ein dauerndes Dach zu schaffen, haben inzwischen zu einem ersten Erfolg geführt, indem bei der Konferenz der Akademien der Wissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland ein Schwerpunkt für fünf dieser Vorhaben gebildet worden ist - bisher freilich noch ohne die angestrebten personellen Sicherungen, wie sie der Staat vornehmlich den auch mit Lehraufgaben betrauten Musikwissenschaftlern gewährt. Der gegenwärtige Zustand wird dem Verhältnis zwischen der Forschung an Hochschulen und an hochschulfreien Instituten nicht mehr gerecht. Über der Einrichtung weiterer musikwissenschaftlicher Planstellen an Universitäten und Hochschulen darf deshalb die Sicherung der an außeruniversitären, nicht etatisierten Instituten langjährig tätigen Musikwissenschaftler nicht vernachlässigt werden; für diese Wissenschaftler ist eine Gleichstellung mit dem Sozialstatus und der Laufbahn der Akademischen Räte (Oberräte, Direktoren) zu fordern<sup>3</sup>. Darüber hinaus sind die Berufsmöglichkeiten für Musikwissenschaftler außerhalb der Hochschulen weiter zu verbessern.

<sup>3</sup> Vgl. den Aufsatz von Dr. jur. Günter Brenner, Mainz: Personelle Sicherstellung von langfristigen Editionen, in der Deutschen Universitätszeitung, Jg. 1975, 2. Juni-Ausgabe, S. 481 f. – Vgl. ferner Hermann Lübbe: Philosophische Editionen – kulturpolitisch von hohem Rang, wissenschaftspolitisch ohne Präferenz, in: Wirtschaft und Wissenschaft (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft), Heft 2/1976, S. 2-6. – Zur allgemeinen Problematik vgl. den Sonderdruck: Editionen im Bereich der Philosophie, Philosophisches Jahrbuch, 80. Jahrgang 1973, 2. Halbband, S. 386-414, mit Beiträgen von Wilhelm G. Jacobs, Heinrich Schepers, Otto Pöggeler und Günter Brenner.